

Stellungnahme des Landtags

durch den Ständigen Ausschuss

zu

- a) der Mitteilung des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst vom 14. Februar 2021
– Drucksache 16/9941
Verordnung des Wissenschaftsministeriums zur Änderung der Corona-Verordnung Studienbetrieb**

- b) der Mitteilung des Ministeriums für Soziales und Integration vom 24. Februar 2021
– Drucksache 16/9972
Verordnung des Sozialministeriums zur Absonderung von mit dem Virus SARS-CoV-2 infizierten oder krankheitsverdächtigen Personen und deren haushaltsangehörigen Personen (Corona-Verordnung Absonderung)**

- c) der Mitteilung des Ministeriums für Soziales und Integration vom 24. Februar 2021
– Drucksache 16/9973
Verordnung des Sozialministeriums zu Quarantänemaßnahmen für Ein- und Rückreisende zur Bekämpfung des Coronavirus SARS-CoV-2 (Corona-Verordnung Einreise-Quarantäne)**

Stellungnahme

Der Landtag nimmt von den nachfolgenden Mitteilungen Kenntnis:

- 1. Mitteilung des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst vom 14. Februar 2021 – Drucksache 16/9941;
- 2. Mitteilung des Ministeriums für Soziales und Integration vom 24. Februar 2021 – Drucksache 16/9972;

3. Mitteilung des Ministeriums für Soziales und Integration vom 24. Februar 2021
– Drucksache 16/9973.

05. 03. 2021

Die Berichterstatterin:

Der Vorsitzende:

Marion Gentges

Dr. Stefan Scheffold

Bericht

Der Ständige Ausschuss beriet in öffentlicher Sitzung die Mitteilung des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst vom 14. Februar 2021, Drucksache 16/9941, sowie die Mitteilungen des Ministeriums für Soziales und Integration vom 24. Februar 2021, Drucksachen 16/9972 und 16/9973, in seiner 53. Sitzung am 5. März 2021, welche als gemischte Sitzung mit Videokonferenz stattfand.

Abg. Nico Weinmann FDP/DVP legte dar, voraussichtlich werde auch das Sommersemester ein digitales Semester. Deshalb bitte er um eine Aussage seitens des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst zu den getroffenen Vorbereitungen, um die Digitalisierung voranzutreiben. Denn das Sommersemester solle kein verlorenes Semester werden.

Weiter führte er aus, die Abgeordneten seiner Fraktion treibe nach wie vor die Sorge hinsichtlich der Ausstattung der Gesundheitsämter um. Deshalb bitte er um aktuelle Informationen hinsichtlich Digitalisierung und Vernetzung der Gesundheitsämter.

Minister Manfred Lucha legte dar, wie auch in der am gleichen Tag stattgefundenen Plenarsitzung ausgeführt worden sei, seien mittlerweile alle Landkreise an Sormas angeschlossen worden, was wegen der Schnittstellen zur Bundesebene und den verschiedenen Plattformen nicht einfach gewesen sei. Um diesen Prozess zu unterstreichen, habe der Ministerrat in der vorletzten Woche die Bereitstellung zusätzlicher Geldmittel beschlossen.

Ein Vertreter des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst legte dar, im Bereich Digitalisierung sei von den Hochschulen im vergangenen Sommersemester und im Wintersemester sehr viel Vorarbeit geleistet worden. Das Land habe knapp 40 Millionen € zusätzlich speziell für die Digitalisierung zur Verfügung gestellt.

Hinsichtlich des kommenden Sommersemesters stehe das Ministerium in einem sehr engen und regelmäßigen Austausch mit den Hochschulen. Die Hochschulen planten derzeit den Studienbetrieb auf der Grundlage der bisherigen Regelungen im Grundsatz als Online-Semester. Soweit es die rechtlichen Rahmenbedingungen zuließen, würden ergänzend Veranstaltungen in Präsenz durchgeführt. Dies gelte insbesondere im Bereich der Labore und auch im Bereich Prüfungen.

Soweit es die Inzidenz zulasse, beabsichtige das Ministerium, die Möglichkeit für zusätzliche Präsenzveranstaltungen in besonderen Formaten zu schaffen. Der Schwerpunkt dafür liege bei den Erst- und Zweitsemestern und inzwischen auch Drittsemestern. Dabei handle es sich also um Studierende, die im Grunde ganz überwiegend noch keine Präsenzlehre erfahren hätten und bei denen gerade das soziale Miteinander und die Präsenz das Qualifizierende und Auszeichnende vom Studium darstelle. Dies werde der Schwerpunkt weiterer Öffnungsschritte sein.

Abg. Nico Weinmann FDP/DVP bat um aktuelle Informationen hinsichtlich der Zugänglichkeit von Bibliotheken.

Der Vertreter des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst teilte mit, die Bibliotheken lägen auch dem Ministerium sehr am Herzen. Im Übrigen werde auch von den Hochschulen immer wieder darauf hingewiesen, dass im Sinne

der Studierenden weitere Öffnungsschritte geboten seien. Daher werde versucht, diesem Aspekt besonderen Nachdruck zu verleihen. Es sei beabsichtigt, weitere Öffnungsschritte speziell für die wissenschaftlichen Bibliotheken gerade auch für Hochschulangehörige und Hochschulmitglieder unter entsprechenden Corona-Schutzmaßnahmen zu ermöglichen. In welchem Verfahrensschritt eine entsprechende Aktualisierung der CoronaVO eingespeist werden könne, müssten die weiteren Gespräche ergeben. Das Ministerium habe dieses Thema jedoch auf dem Schirm.

Abg. Rüdiger Klos AfD brachte vor, bei einigen Studiengängen wie beispielsweise Betriebswirtschaft oder Jura könne er sich durchaus vorstellen, bei entsprechender Digitalausstattung wie an einer Fernuniversität zu studieren. Es gebe jedoch auch sehr viele Studiengänge, die praktische Arbeit beispielsweise in Laboren oder im Team erforderten. Auch ein Online-Medizinstudium könne er sich nicht vorstellen. Ihn interessiere, ob das Ministerium prognostizieren könne, wann voraussichtlich wieder ein Regelbetrieb aufgenommen werden könne.

Abschließend merkte er an, die Abgeordneten seiner Fraktion würden die Hochschulen schon jetzt wieder öffnen, wenn die entsprechenden Voraussetzungen gegeben seien.

Der Vertreter des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst antwortete, bereits die geltende CoronaVO Studienbetrieb lasse explizit Ausnahmen zu. Auf der Grundlage einer Entscheidung des Rektorats seien auf der Basis von jeweils mit den Gesundheitsämtern vereinbarter Hygienekonzepte bereits derzeit Präsenzveranstaltungen zulässig. Das Ministerium habe einen Katalog formuliert, und in diesem nicht abschließenden Katalog seien auch Praktika und Labortätigkeiten aufgeführt. Damit seien die explizit benannten Bereiche umfasst. Den Hochschulen sei es somit bereits möglich, Präsenzlehre durchführen zu lassen, und solche Veranstaltungen fänden auch bereits statt.

Vorsitzender Dr. Stefan Scheffold schlug vor, zu beschließen, von den Mitteilungen Kenntnis zu nehmen.

Der Ausschuss beschloss ohne förmliche Abstimmung, von den Mitteilungen Kenntnis zu nehmen, und erhob diesen Beschluss zur Stellungnahme des Landtags durch den Ständigen Ausschuss.

22. 03. 2021

Gentges